



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH,

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 14

19. Juli 1944

12. Jahrgang

Franzoesische Illegale eroertern
Probleme der Nationalisierung

(ITF) In Frankreich sind aus dem Beduerfnis nach Klaerung der Probleme des Wiederaufbaus eine Reihe illegaler Zeitschriften entstanden, die sich unter

bewusstem Verzicht auf Berichterstattung auf die Eroerterung der Zukunftsprobleme konzentrieren. Eine dieser Zeitschriften, die von den Herausgebern der in Gewerkschaftskreisen vielgelesenen illegalen Zeitschrift "Franc-Tireur" redigierten "Freien Revue", behandelte kuerzlich eingehend Probleme der Nationalisierung:

"General de Gaulle unterstrich in dem Regierungsprogramm, das er am 3. November 1943 vor der Beratenden Nationalversammlung in Algier entwickelte, besonders die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Hauptquellen des nationalen Reichtums.

Die Ueberfuehrung der Privatmonopole in oeffentliche Hand ist keine ausgesprochen proletarische oder sozialistische Forderung. Nicht nur fuer die Arbeiter, sondern fuer alle Klassen der Nation - auch fuer Bauern, Mittelstand, kapitalistische Unternehmer, die nicht zum kleinen privilegierten Kreis der grossen Trustbarone gehoeren - sind die Monopole unertraeglich geworden. Deshalb erheben oder billigen alle Parteien und Richtungen der (illegalen) Widerstandsbewegung einmuetig diese Forderung.

Da ueberdies der deutsche Staat die Aktienmehrheit der meisten kapitalistischen franzoesischen Grossunternehmungen erwarb, ist die klare und einfache Rueckgabe dieser Aktien an den franzoesischen Staat, das heisst eine Politik der Nationalisierung, das einzig durchfuehrbare und fortschriftliche Mittel, um aus dem Chaos herauszukommen, in dem die franzoesische Industrie sich (nach der Befreiung) befinden wird.

Ueberfuehrung der Privatmonopole in oeffentliche Hand bedeutet, dass die Nation, der Staat, die Gemeinden oder auch genossenschaftliche Organisationen die Grossbanken, den nicht landwirtschaftlich genutzten Grossgrundbesitz, die Grossunternehmen, die eigentlich Industrie und Landwirtschaft monopolisieren, die Versicherungsgesellschaften etc. aufkaufen. Die Eigentuemerguppen dieser Monopole werden fuer ihre Aktien Staatspapiere erhalten und diese Betriebe werden von Angestellten und Beamten unter gleichzeitiger gemeinsamer Kontrolle der Verbraucher, der Belegschaft und des Staates geleitet.

Wo in oeffentlichen Besitz ueberfuehrte Betriebe weiter ueberschuesse erzielen, wuerden diese unter demokratischer Kontrolle fuer soziale Einrichtungen verwandt werden und nicht zum Fuellen der Safes ihrer ehemaligen Eigentuemern.

Unter demokratischer Kontrolle koennen diese Unternehmen entweder im bleibenden Zukunftsinteresse der Nation entwickelt und ausgerichtet werden oder fuer unmittelbare Interessen der Verbraucher.., statt im persoelichen Interesse der Privatpolitik der frueheren Leiter.., die diese oder jene reaktionäre Einrichtung subventionierten.., die der Regierung ihre Hilfe verweigerten oder gewahrten, je nachdem, ob diese die Politik, die sie ihr diktieren wollten, zurueckwies oder uebernahm".

Verstaatlichung genuegt nicht - Die illegale Zeitschrift bespricht dann kritisch die Nationalisierungsversuche der Volksfrontregierungen nach 1936, die Umgestaltung der Bank von Frankreich, die Nationalisierung industrieller Mittelbetriebe un der Eisenbahnen: "Im Transport wurde die sogenannte Verstaatlichung der Eisenbahnen durchgefuehrt. 1937 mussten die Eisenbahngesellschaften ihre Streckennetze unter fuer sie sehr vorteilhaften Bedingungen an den Staat abtreten. 49% der Aktien der neuen einheitlichen Eisenbahngesellschaft, der Société Nationale des Chemins de Fer (SNCF), wurden ihnen zum festen Zinssatz von 6% gegeben, trotzdem der Geldzins nicht mehr als 3-5% ist... Dafuer uebergab der Staat, der 51% der Aktien der SNCF bekam, der Gesellschaft das im Staatsbesitz befindliche Streckennetz... und uebernahm die beträchtlichen Schulden der alten Gesellschaften. Die alten Gesellschaften... wurden nicht aufgelöst...

Wer leitet die SNCF? Ein 33koepfiger Verwaltungsrat: 12 Vertreter der alten Gesellschaften, 17 Vertreter des Staates und 4 des Personals. Aber die 17 Vertreter des Staates sind alle hohe Beamte der Finanzverwaltung oder des Staatsrats; sie gehoeren den grossen kapitalistischen Dynastien an oder sind ihnen vorpflichtet. Von den 12 Vertretern der Eisenbahngesellschaften sind 8 unbesoldete Mitglieder des Staatsrats, die in den Dienst der Eisenbahngesellschaften getreten waren. Man trifft sich unter Kollegen, Verwandten und Kameraden, die offiziell oder offizioses Vertreter des Grosskapitals sind,

die entweder schon offen in seinem Dienst stehen oder bald in seinem Dienst zu treten hoffen. In Wirklichkeit ist die Leitung der SNCF in den Haenden der alten Eisenbahngesellschaften. Die 4 Vertreter des Personals sind in dieser glanzvollen Versammlung... machtlos, eine ironische Illustrierung des 'demokratischen' Charakters dieser 'Nationalisierung'."

Demokratische Kontrolle nationalisierter Betriebe - "Die Politik der Pseudoverstaatlichung von 1936-39 hat die Trusts gestärkt, statt sie zu schwächen... Damit sich das nicht wiederholt, nehmen wir das Versprechen des Komitees der Nationalen Befreiung (Algier) ernst, dass die von den Grossbanken, den Trusts und den Schlotbaronen monopolisierten nationalen Reichtümer dem Volk demokratisch zurueckgegeben werden muessen... Das bedeutet, dass man eine wirklich demokratische Kontrolle des Rueckkaufpreises, der Art des Rueckkaufs und der Leitung der zurueckerworbenen Betriebe haben muss. Und es gibt keine andere Kontrolle als die der dreigliedrigen Ausschuesse, die aus vom Personal, von den Verbrauchern und vom Staat gewählten Vertretern bestehen

Aber die Vertreter des Staates muessen Vertreter des Volkes sein, sie muessen unter scharfer Kontrolle stehen und es duerfen nicht praktisch unabsetzbare Mitglieder der grossen gefestigten Koerperschaften, wie hohe Finanzbeamtenschaft oder Staatsrat, sein, die nur die grossen kapitalistischen Familien vertreten... Nur so wird die Ueberfuehrung in oeffentlichen Besitz mehr als ein Tauschungsmanoever sein..." ("La Revue Libre", Nr. 2, Februar 1944)

Finnische Transportarbeiter wollen Frieden

(ITF) Die Ortsgruppe Helsinki des finnischen Transportarbeiterverbandes hat einige Tage vor dem deutsch-finnischen Militaerabkommen in einer scharfen Erklaerung Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Russland und Frieden verlangt. In der Entschliessung, die erst jetzt Schweden erreichte, heisst es: "Finnland muss so bald wie moeglich aus dem Krieg ausscheiden und muss mit Russland Verhandlungen aufnehmen, um Frieden zu schliessen und die Unabhaengigkeit des Landes zu sichern... Finnland muss sich den demokratischen Nationen bei der Planung internationaler Gerechtigkeit und Ordnung anschliessen. Finnland muss freundschaftliche Beziehungen mit den andern skandinavischen Laendern und mit der Sowjetunion anstreben... Sehr bald muss Finnland eine Regierung erhalten, die dem Land Frieden geben kann und will und die Innen- und Aussenpolitik in demokratische Richtung lenkt. Die neue Regierung sollte alle Ausnahmebestimmungen, die Freiheit und Rechte der Buerger beschraenken, aufheben, soweit sie nicht zur Sicherung der Demokratie und einer Friedenspolitik noetig sind... Die Zensur darf nicht die Meinungsbildung verhindern, die die Grundlage der Demokratie ist. Die Behoerden muessen die Demokratie energisch verteidigen und der Aktivitaet der antidemokratischen Kreise entgegentreten. Antidemokraten oder Personen, deren Verhalten Finnlands Beziehungen mit den Alliierten Nationen gefaehrdet haben, duerfen nicht in fuehrenden oder verantwortlichen Stellungen bleiben". ("Aftontidningen", Stockholm, 1.VII.)

Kriegsjugend und Gewerkschaft

(ITF) Das illegale Organ der norwegischen Gewerkschaften eroertert ein ernstes Zukunftsproblem: "In der Fruhzeit der Gewerkschaftsbewegung wirkten die wenigen Ueberzeugten und Weitsichtigen unter den organisierten Arbeitern als staendige Werber und Lehrer. An ihrem Arbeitsplatz, auf der Strasse und zu Hause lehrten und warben sie fuer ihre Ideen. Heute brauchen wir diesen Geist wieder. Der Krieg hat mehr als 4 Jahre gedauert - 4 Jahre, in denen die Organisations- und Erziehungsarbeit vollstaendig eingestellt werden musste. Tausende junger Menschen traten ins Arbeitsleben, die wenig von dem Kampf wissen, den ihre Vaeter fuehrten, um das zu erringen, was wir 1939 erreicht hatten. Deshalb koennen wir solche Dinge hoeren: Ein junger Bursche sitzt in seinem Zug und klagt, dass die an deutschen Baustellen gezahlten Loehne sehr niedrig seien. Da sagt ein Freund zu ihm: 'Du solltest bei uns sein. Wir haben einen guten Tarif, 5 Kronen pro Stunde, und dann koennen wir noch gluecklicherweise 10-Stundenschicht arbeiten'. Gluecklicherweise 10 Stunden arbeiten - er wusste wenig von den opferreichen Kampfjahren, durch die der 8-Studentag erobert wurde". ("Fri Fagbevegelse", 22.IV.)

Die Affen und die Quislings

(ITF) Sarkastisch charakterisiert das illegale Blatt der norwegischen Gewerkschafter die Lage der Quislings: "Bewohner der Tropen haben eine erprobte Methode des Affenfangs. Sie befestigen auf einem Baumstumpf einen Kasten, der ein kleines Loch im Deckel hat, gerade so gross, dass eine Affenhand hindurchgeht. Dann tun sie Nuesse in den Kasten. Der Affe steckt seine Hand hinein, fuehlt sie mit Nuesse und entdeckt dann, dass er die volle Hand nicht mehr herausziehen kann. Und da sitzt er dann. Weil er zu gierig ist, kann er nicht die Hand oeffnen und die Nuesse fallen lassen. Er schreit vor Angst, wenn die Menschen kommen und ihn fangen, aber selbst dann kann er die Nuesse nicht fallen lassen. Diese Affen erinnern uns an die im (Norwegischen) Gewerkschaftsbund eingesetzten 'komischen Kommissare'. Sie sitzen in der Falle, die ihnen die Deutschen und die Quislings gestellt haben - die Hand voller Nuesse. Die ganze Affenherde mit Quisling an der Spitze sitzt in der gleichen Falle. Gier und Machtlust sind zu stark - sie koennen die Nuesse nicht fallen lassen, und ihr Untergang ist besiegelt". ("Fri Fagbevegelse", 15.IV.)

Die Eisenbahner von Ascq

(ITF) Die "Bruesseler Zeitung" berichtet, dass das deutsche Standgericht in Lille 6 Franzosen, unter ihnen 4 Eisenbahner, hinrichten liess. Im Oktober 1943 hatten die 4 Eisenbahner mit andern Bewohnern von Ascq (bei Lille) eine Terrorgruppe gebildet und sich Waffen und Munition verschafft. Die Gruppe hatte zahlreiche Anschlaege auf Eisenbahnlinien durchgefuehrt, u.a. am 25. und 29. Maerz und am 1. April auf die Strecke bei Ascq. Sie hatte genaue Informationen ueber die Zugfolge erhalten, zum Teil von einem Eisenbahner, der am 1. April erschossen wurde.

Ein Eisenbahnangestellter, der im Bürgermeisteramt arbeitete, hatte ihr genaue Auskünfte ueber die Dienstplan der zivilen Eisenbahnwachen beschafft. "Drei Angriffe auf die Strecke bei Ascq, die sich besonders gegen die deutsche Wehrmacht richteten, wurden nachweislich in Ascq geplant und durch franzoesische Eisenbahner ausgefuehrt". ("Brusseler Zeitung", 20.VI. - vgl. die vorige Ausgabe.)

Unzuverlaessige hollaendische Eisenbahner

(ITF) Die illegale hollaendische Zeitung "Je Maintien-drai" schreibt (Ende Febr.): "Starke neue Abteilungen schwerbewaffneter Eisenbahntuppen sind in Holland einquartiert, die im Fall einer Invasion die hollaendischen Eisenbahnen uebernehmen sollen, da man sich offensichtlich auf hollaendische Eisenbahner nicht verlassen kann".

Ein Arbeiter ist sicher ein Antifaschist"

(ITF) Die schweizer Zeitung "Popolo e Libertà" berichtet von der italienischen Grenze: "Kuerzlich wurden in Lissone, bei Monza, 2 Faschisten getoetet. Die Taeter konnten nicht ermittelt werden... Die Einwohner von Lissone wurden auf dem Marktplatz zusammengetrieben. Mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Dolchen bewaffnet, stand die faschistische Miliz, um zwei offene Saerge, in denen die Leichen der Faschisten lagen... Ein Milizsoldat erschien mit 2 Maennern, denen die Haende auf dem Ruecken zusammengebunden waren. Sie waren aus zwei verschiedenen Fabriken waehrend der Arbeit herausgeholt worden. Die eingeschuechterte Menge, die die Maschinenpistolen fuerchtete, wartete lautlos. Keiner der beiden Arbeiter wusste, was passiert war... Sie kannten nicht einmal die getoeteten Faschisten... Die beiden Opfer waren willkuerlich herausgegriffen worden, weil in der sogenannten Sozialen Republik Mussolinis das Wort Arbeiter gleichbedeutend mit dem Wort Antifaschist ist.

Der faschistische Ortsfuehrer rief dann den 16jaehrigen Sohn eines der getoeteten Faschisten und gab ihm eine Pistole mit den Worten: 'Raechen deinen Vater'. Ohne zu zoenern zielte der Junge. Zwei Schuesse - einer nach dem andern fielen die Arbeiter zu Boden". (2.VII.)

Italienische Eisenbahner

(ITF) Das Mailaender Faschistenblatt "Corriere della Sera" schliesst seinen Bericht ueber einen erfolgreichen Sabotageakt auf dem Bahnhof der Mailaender Vorstadt Greco mit den Worten: "Zum Schutze des Publikums hat die deutsche Polizei sofort 5 Eisenbahner, die als 'Gegner der oeffentlichen Ordnung' bekannt waren, verhaftet, um sie als Geiseln zu erschiessen, falls es zu weiteren Sabotageakten kommt". (Nach "Neue Zuercher Zeitung", 25.VI.)

Die Not der griechischen Arbeiter

(ITF) Eine Berechnung der Essener "Nationalzeitung" (5.VI.) wirft ein Schlaglicht auf die Lage der griechischen Arbeiter. Ein vollbeschaeftigter griechischer Facharbeiter erhaelt als monatlichen Barlohn zwischen 2 und 4 Mio Drachmen zusaetzliche Lebensmittel im Werte von 1,5 - 3 Mio Drachmen (je nachdem, ob dem Arbeiter Schwerarbeiterzulage zusteht oder nicht) eventuelle Abloesung der Kantinenverpflegung 0,7 - 1 Mio Drachmen

Diese Abloesung "entspricht jedoch kaum den Kosten des Essens".

Wenn eine in einer Grosskueche hergestellte warme Mahlzeit mehr als 40 000 Drachmen kostet, kann man sich vorstellen, wie griechische Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder leben, die offiziell mit dem durchgeschleift werden sollen, was vom Barlohn nach Abzug der Miete, der Fahrten und der allerdringendsten Kleidungsersatzung uebrig bleibt. Die Arbeiter muessen einen Teil ihrer Lebensmittelrationen an Zahlungskraeftige verkaufen, um fuer ihre Angehoerigen wenigstens die Brotration kaufen zu koennen.

Feststellungen griechischer Volkswirtschaftler in der Zeitschrift "Oikonomiki Foni" (Ende April) ergaenzen das Bild: Die Brotration entspricht nur noch 65% des Vorkriegsverbrauchs, trotzdem andere Lebensmittel kaum erhaeltlich sind; Oel wird praktisch nicht mehr verteilt. Die Kartoffelmenge, die dem Vorkriegsverbrauch einer Durchschnittsfamilie entspraecht, kostet 5 Mio Drachmen - d.h. mehr als ein^{en} vollen Monatslohn eines Arbeiters (6 Oke). Reisrationen werden selten ausgegeben; auf dem freien Markt kostet eine Oke Reis 4-5 Mio Drachmen. ("Suedostecho", 19.V.)

Das Internationale Rote Kreuz rettet zahlreiche Familien vor dem Hunger, es verteilt die Brotgrundration von 90 drams fuer 7000 Drachmen, und die Zusatzration von 40 drams fuer 4000 Drachmen. (Vgl. die Ausgabe vom 10.IV.)

Arbeiter in der Nazikriegsmaschine

(ITF) In dem verzweifelten Versuch, die Kriegsproduktion der Vereinten Nationen wettzumachen, nimmt die Nazidiktatur keine Ruecksicht auf Gesundheit und Leben der ihr ausgelieferten Arbeiter Europas. Arbeitsschutzbestimmungen werden ausser Kraft gesetzt, die Arbeitszeit wird sinnlos verlaengert. Angaben ueber toetliche Arbeitsunfaelle werden seit Kriegsbeginn nicht mehr veroeffentlicht.

Die Lungen der Zwangsarbeiter - Mit der Verschaeerfung der Kriegslage werden immer mehr Arbeitsschutzmassnahmen im deutschen Herrschaftsgebiet ausser Kraft gesetzt. Die Folge ist, dass gefaehrliche Berufskrankheiten zunehmen. Nach aussen hin werden die schoensten Schutzmassnahmen verkuendet. So berichtet das Nachrichtenbuero deutscher Zeitungsverleger, dass ein umfassendes Tuberkulosehilfswerk von den Sozialversicherungsinstituten durchgefuehrt werden soll, zum Schutz der deutschen und auslaendischen

Arbeiter. In Wirklichkeit aber wird eine Schutzmassnahme nach der andern ausser Kraft gesetzt. Nur einen Tag spaeter meldete der daenische Rundfunk: Hafenarbeiter im daenischen Hafen Aalborg weigerten sich am 13. Juni, den Dampfer "Wilhelm Golding" zu loeschen. Die Ladung bestand aus 2600 Tonnen Duengemittel, die in Papiersaecken verpackt waren. Die Arbeiter sagten, dass bei dieser ungenuegenden Verpackung gesundheitsgefaehrlicher Staub entsteht. Die daenische Schiedsstelle erklarte diese Arbeitsverweigerung fuer ungesetzlich und verlangte sofortige Inangriffnahme der Loesarbeiten.

In Deutschland hat der Materialmangel in vielen Betrieben zu gesundheitsgefaehrden Zustaauden gefuehrt. Ein Erlass des Berliner Arbeitsministeriums gibt Beispiele aus der Holzverarbeitenden Industrie: "Zur Deckung des verstaerkten Bedarfs an Arbeitskraefte in der Holzwirtschaft werden zahlreiche deutsche Frauen an Holzschleifmaschinen beschaeftigt... Diese Taetigkeit muss in der Regel als ungeeignet angesehen werden... Die vorhandenen Absaugungsanlagen (fuer Holz- und Schleifmittelstaub) sind in vielen Faellen unzureichend, ausserdem wird wegen der Kriegszeit vielfach ohne Staubsaugung oder mit nicht instandbefindlichen oder wegen Strommangels stillgelegten Entstaubungsanlagen gearbeitet... Es laesst sich daher in den meisten Faellen kaum vermeiden, dass der feine Staub in den Arbeitsraum tritt und sich in Haaren, Augen und Atmungsorganen der Gefolgschaftsmitglieder festsetzt. Hierdurch sind die Gefolgschaftsmitglieder der Gefahr einer Silikoseerkrankung ausgesetzt, wenn die Schleifbaender, wie das vielfach der Fall ist, eine Auflage von Quarz haben. Dabei zeigen die Erfahrungen, dass vielfach die Bezeichnung 'Schmirgel', 'Bimstein' und dergleichen nicht zutreffen, vielmehr hochkieselsaurehaltige Materialien als Schleifmittel verwandt werden"! - Die Gewerbeaufsichtsbeaennten sollen zum Schutz der Frauen und Jugendlichen eingreifen und der Text der Verordnung macht keinen Unterschied zwischen deutschen und auslaendischen Arbeiterinnen. Die Ueberschrift des Runderlasses jedoch gibt den Gewerbeinspektoren einen Wink mit dem Zaunpfahl, die Ueberschrift spricht nur vom Schutz deutscher Frauen... (Nachrichtenbuero deutscher Zeitungsverleger, 22.VI., Radio Kopenhagen, 23.VI., Erlass des Reichsarbeitsministers vom 22.II., Aktenzeichen VII b 6084/43.)

Grenzen der Antreiberei (ITF) Beante der deutschen Gewerbeaufsicht haben die Nazigewaltigen vor weiterer Verlaengerung der Arbeitszeit gewarnt: "Waehrend Arbeitszeitverlaengerungen anfangs als ein verhaeltnismaessig einfach anzuwendendes Hilfsmittel angesehen wurden, um den erhoekten Anforderungen der Kriegswirtschaft nachzukommen, setzte sich bei laengerer Kriegsdauer immer mehr die Erkenntnis durch, dass Ueberarbeit durchaus nicht immer den gewuenschten Erfolg der Erzielung von Hoechstleistungen verbuergt. Die Erfahrungen lehrten sehr bald, dass dauernde Ueberarbeit oft zwangslaefig mit einer Steigerung der Fehl-, Krankheits- und Ausschussziffern verbunden ist". ("Soziales Deutschland", 5.XI.43.)

Die Diktatur hat alle Warnungen in den Wind geschlagen. 60-Stundenwoche ist heute die Regel in deutschen Betrieben und 72-Stundenwoche ist sehr haeufig. Die Zeitschrift des Reichsarbeitsministeriums warnt (am 25. Mai) erneut vor den Folgen. Ein Direktor Walter Helle berichtet als "Ergebnis genauer Beobachtungen in einem Industriebetrieb" ueber die Sinnlosigkeit der Verlaengerung der Arbeitszeit:

	Vorgeschriebene Arbeitszeit:	
	1942: 60-Stdwoche	1938: 48-Stdwoche
Wirkungsgrad.....	70% - 42 Ist-Std.	84% - 40 Ist-Std.
Leistungsausfall.....	30%	16%
verursacht durch		
Krankheit, Arztbesuch, Urlaub, (.....)	11%	4%
unentschuldigtes Fehlen		
durch schlechte Nutzung.....	5 1/2%	3%
durch unterdurchschnittliche Leistung.....	5%	5%
Ausschuss.....	8%	3%

Auf Grund dieser Erfahrung warnt der Direktor vor Einfuehrung der staendigen 72-Stundenwoche.

Die Krankenziffern seien in diesem Betrieb von 5,36% (1938) auf 6,57% (1942) gestiegen. Da nur noch ein kurzer Urlaub gewahrt wird, kann man den Ziffern der Tabelle entnehmen, wie sehr Krankheiten und unentschuldigtes Fehlen zun hmen. Der Direktor fuehrt die Steigerung der Krankheitsziffern auf die Einberufung der Gesuendesten, die Zunahme des Frauenanteils an der Belegschaft, auf "das gesteigerte Arbeitstempo" und auf die Zunahme der Nachtarbeit zurueck. "Die (Arbeitszeit-)Ausfaelle bei deutschen Maennern sind... geringer als bei den auslaendischen Maennern". Der durchschnittliche Arbeitsausfall sei in diesem/10%, aber bei den vom Arbeitsamt in die Betriebe gezwungenen "Halbtagsfrauen" 21,2%, d.h. von der vorgeschriebenen 5-Stundenschicht werden noch nicht 4 Stunden abgearbeitet. / Betrieb

Deutschlands Arbeitermangel (ITF) Die Berliner "Deutsche Volkswirtschaft" berichtet: "Von den (von der Landwirtschaft) fuer das erste Jahresviertel geforderten neuen Kraefte wurde nur ein Drittel fristgemaess zugewiesen, die Luecken mussten in vielen Faellen durch gesteigerten Einsatz des einzelnen und ohne Ruecksicht auf Sonn- und Feiertage ueberbrueckt werden". Die Arbeitsaemter schickten Frauen und Toechter von Land- und Forstarbeitern und Dorfhandwerkern als Dienstverpflichtete auf Bauernhoeefe. Frueher wurden Soldatenfrauen von den Arbeitsaemtern geschont. In diesem Stadium des Krieges glauben die Behoerden, keine Ruecksichten mehr

nehmen zu muessen. Sie drohen Soldatenfrauen, die sich weigern, die ihnen zugewiesene Landarbeit aufzunehmen, mit Entzug der Soldatenfamilienunterstuetzung. ("Deutsche Volkswirtschaft", erstes Juniheft.)

Bergarbeiterloehne in Ungarn gekuerzt (ITF) Ungarische Gruberbesitzer benutzen die Entmachtung der Arbeiter durch die Gleichschaltung der Gewerkschaften zum Lohn- druck. Eine Delegation von Bergarbeitern und Steinbrucharbeitern hat dem Industrieminister dargelegt, dass in vielen Gruben der Ueberstundenzuschlag nicht mehr gezahlt wird und dass Facharbeiter nicht die ihnen zustehenden Loehne erhalten. Steinbrucharbeiter erklaeerten, dass sie nicht genuegend Arbeitskleidung bekommen und oft eigene Kleider verschleissen muessen, bevor ihnen Ersatz gestellt wird. In einigen Orten werden fuer Arbeitskleider Wucherpreise gefordert. ("Magyarorszag", 13.VI.)

Ungarische Arbeitsfront (ITF) Vasvary, der Staatssekretaer im ungarischen Arbeits- ministerium, kuendigte (am 12.VII.) an, dass die Regierung eine Zwangsorganisation fuer alle ungarischen Arbeiter gruenden wird. Alle gleichge- schalteten Arbeiterorganisationen sollen in dieser ungarischen Arbeitsfront aufgehen. - Budapest Zeitungen versichern, dass Mussolinis ruhmlos verendeter Korporationsstaat und nicht die Deutsche Arbeitsfront Vorbild der ungarischen Zwangsorganisation sein soll. (Radio Budapest, 11., 12., 13.VII. - vgl. den Bericht vom 29.III.)

Nazi wollen Massenarbeitslosigkeit in befreiten Norwegen (ITF) Ein Rundschreiben der "Abteilung Forst- und Holzwirtschaft und Jagdwesen" des deutschen Reichskommissars in Norwegen gibt ein Bild des Raubbaus in den von deutschen Truppen besetzten Laendern. Das Rundschreiben erklaeert: "Wie ich bereits wiederholt und eindeutig festgestellt habe, ist fuer das Mass der Ab- nutzung der norwegischen Waelder allein die Hoehe des kriegswichtigen Bedarfs massge- bend. Die Aufbringung des fuer die Kriegsfuehrung notwendigen Holzes darf durch forst- wirtschaftliche Gesichtspunkte keinesfalls beschraenkt werden. Fragen der... Erhaltung des Waldes ueberhaupt spielen in der heutigen Zeit keine Rolle mehr. Selbst wenn Ein- griffe zu einem dauernden Verlust an Waldboden mit Nachteilen fuer die Landeskultur und die norwegische Wirtschaft fuehren, sind sie trotzdem vorzunehmen, wenn ohne dies der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Ich bitte Sie, diesen Standpunkt... nicht nur gegen- ueber der norwegischen Seite zu vertreten und durchzusetzen, sondern auch gegenueber Bedarfstraegern - insbesondere der Wehrmacht und der Organisation Todt - eindeutig zum Ausdruck zu bringen... Die Bedarfsdeckung ist in Norwegen kein forstliches Problem, ihr Ausmass ist lediglich von den vorhandenen Arbeitskraeften und Transportmitteln ab- haengig..."

Durchfuehrung dieser Zerstoerungspolitik wuerde Zehntausende Arbeiter in der norwe- gischen Forstwirtschaft, Zellulose- und Papierindustrie erwerbslos machen. (Rund- schreiben vom 29.III., Aktenzeichen II F 10. 453144.)

Die Streikbewegung in Italien (ITF) In Kriegsbetrieben Turins begannen die deutschen Behoerden Mitte Juni mit dem Abmontieren von Maschinen. In den Fiat Mirafiori Werken traten (am 17.VI.) grosse Arbeitergruppen in den Protest- streik gegen das Verschleppen der Maschinen nach Deutschland. Die deutschen Militaers boten den Arbeitern besonders hohe Abmontierungszulagen. Die Arbeiter lehnten ab. Zwei Tage spaeter schlossen sich die Arbeiter der Werke Riv, Lingotto, Ferriere Fiat, Rasetti, Cimat, Elli Zerboni - mit insgesamt 29 000 Arbeitern - dem Streik an. Die Beleg- schaften von Geat, Monte Bianco, Rim, Lancia, Nebiolo und Meccanica Zan folgten einige Tage darauf. Die Besatzungsbehoerde veranlasste die Unternehmer zu voruebergewandter allgemeiner Aussperrung der Arbeiter und verhaftete waehrend dieser Tage in Strassen- razzien viele Arbeiter. Die Verhafteten wurden ueber Verona zur Zwangsarbeit nach Deutschland gesandt. - Waehrend Todt-Arbeiter in Fiat Mirafiori Maschinen abmontierten, zerstoerten englische Bomber einen Teil der Werkhallen.

In Genua geht die Streikbewegung weiter. Razzien werden in Luftschutzkellern durch- gefuehrt und die geeignet Befundenen werden als Zwangsarbeiter nach Deutschland depor- tiert. (Vgl. die vorige Ausgabe.)

Verendender Faschismus (ITF) Alle Divisions- und Regimentskommandeure der Republi- kanischen Armee Mussolinis erhielten (am 29.VI.) das folgen- de, vom deutschen Generalmajor Hans von Praust gezeichnete Rundschreiben: "In Anbe- tracht der Verschlechterung der zivilen und militaerischen Lage, der zunehmenden Parti- sanentaetigkeit, der staendigen Desertionen auf dem Schlachtfeld und schliesslich der Streiks in den vergangenen Wochen und an bestimmten Tagen dieser Woche muessen alle Kommandos der Republikanischen Armee sich ab 3. Juli Mitternacht wegen Befehlen gleich welcher Art an die zustaeendige deutsche Militaerbefehlsstelle wenden.

Diese Anweisung wurde noetig, weil die Republikanischen Befehlsstellen und die Poli- zeibhoerden keine Autoritaet geniessen, und im Interesse der Sicherheit der deutschen Armee". (Aktenzeichen 203 C/DR.)

Der Erfolg der Kopenhagener Arbeiter (ITF) Der Kopenhagener Generalstreik wurde zu einem grossen moralischen Erfolg der daenischen Arbeiter. Die deutschen Behoerden hatten am 22. August 1943 die Kontrolle der daeni-

Wiederaufbau deutscher
Konsumgenossenschaften

(ITF) Zur Jahrhundertfeier der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung sandte R.A. Palmer, der geschäftsführende Praesident des Internationalen Genossenschaftsbundes ueber den BBC eine Botschaft an deutsche Genossenschaftler, in der es heisst: "Jetzt, wo es feststeht, dass die Tage des Naziregimes gezählt sind, muesst Ihr Euch auf den Tag seines Zusammenbruchs vorbereiten. Dieser Tag muss der Beginn des genossenschaftlichen Wiederaufbaus in Deutschland werden. Echter Genossenschaftsgeist muss... bei Euch eine der zukunftsweisenden Kraefte des Friedens und Fortschritts werden. Der Internationale Genossenschaftsbund wird den Wiederaufbau der Genossenschaften in allen Laendern, in denen sie litten und Hilfe brauchen, mit allen Kraeften unterstuetzen. Aber viel haengt von Eurer Arbeit ab und von dem Geist, der sie beseelt.

Denkt an die Rochdaler Pioniere (die 1844 die erste Konsumgenossenschaft gruendeten, Red.) und an Eure genossenschaftliche Vergangenheit. Erweist Euch ihrer wuerdig. Denkt die Probleme durch, die Ihr bald als Genossenschaftler zu bewaeltigen haben werdet".

Fortsetzung von Seite 85

schen Verwaltung mit der Begruendung uebernommen, dass die daenischen Behoerden nicht im Stande seien, Ruhe und Ordnung zu garantieren. Waehrend des Streiks musste Hitlers Reichskommissar die Hilfe des Vorsitzenden des Daenischen Gewerkschaftsbundes und des im August 1943 zurueckgetretenen sozialdemokratischen Premierministers anrufen.

Die Kopenhagener Streikbewegung entstand als spontaner Protest der Arbeiter einzelner Betriebe gegen Massnahmen der deutschen Besatzung und Terrorakte daenischer Nazis. Als Hitlers Kommissar den Beginn des naechentlichen Ausgehverbots von 8 auf 11 Uhr verschob, schien die Streikbewegung abzuflauen. Sie lebte auf und wurde zum Generalstreik als am 30. Juni das Geruecht verbreitet wurde, dass fuehrende Gewerkschafter als Geiseln verhaftet wurden und als durchsickerte, dass der Kommissar den Ruecktritt des Vorsitzenden des Daenischen Gewerkschaftsbundes gefordert hatte. Jetzt streikten die Arbeiter nicht mehr fuer fruheren Arbeitsschluss, jetzt stellten sie politische Forderungen. - Da bei den in Daenemark herrschenden Verhaeltnissen keine zentrale Streikleitung in Erscheinung treten konnte, bestand fuer die deutschen Behoerden keine Moeglichkeit, Verhandlungen mit den Streikenden aufzunehmen. Erst waehrend des Streiks lernten sie aus den vom "Daenischen Freiheitsrat" verbreiteten Flugblaettern die Streikforderungen kennen: Entfernung des Schalburg-Corps - der auf Hitler vereidigten Truppe daenischer Nazis, die in Russland gekaempft haben - aus Kopenhagen, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Verkehrssperre, Wiederinbetriebsetzung der vom Reichskommissar stillgelegten Gas-, Wasser- und Elektrizitaetswerke, und keine Massregelung der Streikenden.

Die deutschen Behoerden wollten durch teilweises Entgegenkommen den Streik rasch beenden, denn die daenischen Lebensmittellieferungen nach Deutschland sollten nicht unterbrochen werden. Sie forderten den Daenischen Gewerkschaftsbund und die politischen Parteien auf, Streikabbruch zu befehlen. Beide Instanzen waren dazu nur unter der Bedingung bereit, dass ihnen erlaubt wuerde, gleichzeitig ihr Bedauern ueber die deutschen Massnahmen auszusprechen. Hitlers Kommissar Dr. Best lehnte das ab. Mit seinen Teilkonkzessionen erreichte er die Arbeitsaufnahme nicht.

Da die Drucker sich geschlossen am Streik beteiligten, erschien keine Zeitung, die Nazizeitung "Taedrelandet" konnte nicht einmal ein Flugblatt herausbringen. Aber vom "Daenischen Freiheitsrat" gezeichnete Flugblaetter "ueberschwemmten die Stadt" (Radio Kopenhagen). - Die Konsumgenossenschaften organisierten die Lebensmittelversorgung, Volkskuechen wurden erweitert. Es scheint, dass Streikenden Lohnvorschuesse gezahlt wurden. Viele Arbeiter verliessen mit ihren Familien die Stadt.

Die deutsche Garnison wurde verdoppelt, aber Hitlers Kommissar wollte eine Machtprobe vermeiden. Am Montag, den 3. Juli, wurden naechentliches Ausgehverbot und Verkehrssperre aufgehoben; nur das Taxiverbot blieb in Kraft. Die Versorgungsbetriebe durften wieder arbeiten. Auch einige Betriebe arbeiteten wieder. Am Abend forderten im Rundfunk der ehemalige Premierminister Buhl und der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes - der gleiche Eiler Jensen, dessen Ruecktritt Dr. Best erzwingen wollte - zum Abbruch des Demonstrationsstreiks auf. Jensen versicherte, dass sich kein Gewerkschafter in Haft befinde. Flugblaetter des "Freiheitsrats" empfahlen Arbeitsaufnahme am Dienstag. Am Dienstag erschien "Socialdemokraten" und "Politiken" wieder. "Politiken" brachte ein Interview mit Eiler Jensen: "Ich bin natuerlich sehr froh, dass die Arbeiter unser Ruf, die Arbeit aufzunehmen, folgten". Am 4. Juli arbeiteten alle Betriebe wieder normal. Das Schalburg-Corps erhielt Uniformverbot.

Best wurde zur Berichterstattung nach Berlin zitiert. Nach seiner Rueckkehr wurde die Aufhebung der deutschen Kontrolle der Kopenhagener Verwaltung bekanntgegeben und Best erlaubte, dass den Streikenden die Streiktage nachtraeglich bezahlt wurden. "Stockholms Tidningen" berichtet (11.VII.) ueber einen kurzen Demonstrationsstreik der Arbeiter der Werft Burmeister und Wain und der Arbeiter der Brotfabriken am Tage vor der Abfahrt des Reichskommissars nach Berlin. Diese Drohung scheint gewirkt zu haben. - Am Mittwoch, den 12. Juli, ehrte Kopenhagen durch zwei Minuten Schweigen das Andenken der 93 waehrend des Streiks getoeteten Daenen. (Vgl. vorige Ausgabe.)